

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Mittig, Magdeburg. — Verantwortliche Schriftföhrer: W. G. R. B. a. n., Magdeburg. — Verlag von Wernher & Barban, Magdeburg. — Druck von Franz & Co., Magdeburg. — Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. — Redaktion: Gr. Kellerei 2. Fernsprecher 261. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangos) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Einzelhefte 2 Pf. — In Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. — In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. — Bei den Postämtern 2 Mk. 25 Pf. — Einzelhefte 2 Pf. — Sonntags- und Feiertagshefte 15 Pf. — In der Expedition und den Ausgabestellen 15 Pf. — Post-Bestellungsliste Seite 364.

Nr. 9.

Magdeburg, Dienstag den 12. Januar 1904.

15. Jahrgang.

Die „positive Arbeit“ des Reichstags.

Am Dienstag tritt der Reichstag wieder zusammen. Wenn man den Beteuerungen der Regierung und der regierenden Parteien glauben darf, wird er im Zeichen der „positiven Arbeit“ stehen. Diese „positive Arbeit“ ist es ja, auf die die Herren so überaus stolz sind und durch die sie sich zu unterscheiden vorgeben von der unfruchtbaren Sozialdemokratie, die angeblich nichts will und nichts tut, als negieren und kritisieren.

Betrachtet man aber, was dem Reichstag an positiven Aufgaben vorliegt und welche Aussichten, die zu erfüllen, sein Arbeitsplan eröffnet, so erkennt man sehr rasch, daß das Geschwätz von der nur negierenden Sozialdemokratie nichts anderes ist als eine unglückliche Ausrede, durch die man die eigne gesetzgeberische Unfruchtbarkeit und Faulheit beschönigen und verbergen möchte.

Zunächst wird der Reichstag seine Arbeit beginnen durch die Erledigung von Interpellationen, die von verschiedenen Parteien gestellt sind. Die Beratung einer Interpellation ist schon an und für sich kein unmittelbar fruchtbarer parlamentarischer Akt. Sie ist vielmehr gewöhnlich der Ausdruck einer Klage darüber, daß die Regierung etwas zu tun unterlassen, ein Stück „positiver Arbeit“ nicht geleistet hat, die sie nach der Meinung der interpellierenden Partei unbedingt hätte leisten müssen.

Es kann aber auch negierende und zerstörende Interpellationen geben, und eine solche liegt auch dem Reichstag vor. Sie ist allerdings nicht von der Sozialdemokratie gestellt worden, sondern von der staatskonservativen Partei und fordert in Form einer Anfrage von den verbündeten Regierungen, daß sie die bestehenden Handelsverträge kündigen möge. Die Sozialdemokratie freilich, die angeblich nur in blinder Wut alles Bestehende zerstören möchte, wird diese agrarischen Umsturzbestrebungen keineswegs unterstützen. So wenig auch der bestehende Zustand ihren Wünschen entspricht, so ist sie doch nicht gewillt, ihn beseitigen zu helfen, solange keine Aussicht da ist, ihn durch einen besseren zu ersetzen. Sie weiß, daß der agrarische Zukunftsstaat ein Zucht- und Hungerstaat zugleich ist und darum wird sie ihn auch ferner im Interesse der arbeitenden Klasse — des „Vaterlandes“ könnte sie sagen, wenn sie sich an die Ausdrucksweise der herkömmlichen Philisterpoesie halten wollte — nachdrücklich bekämpfen. Würde sie in diesem Verteidigungskampf für die bestehende Ordnung der handelspolitischen Dinge von den Regierungen unterstützt werden, so würde sie sich dieser Hilfe sicherlich sehr freuen. Leider ist dazu keine Aussicht vorhanden, und so un bequem dem Grafen Bülow die Anfrage der Konservativen ist — jetzt, wo er doch selber mit den Handelsverträgen nicht aus noch ein weiß —, so wird er doch ganz gewiß keine Rede wider den agrarischen Zukunftsstaat halten und auch den Grafen Kanitz gewiß nicht danach fragen, welchen Herrn von Kr und Salm er als Minister des Außern in Aussicht genommen habe.

Als Handlanger der Sozialdemokratie produzieren sich dagegen das Genirum und die Nationalliberalen. Die Flut steigt und man muß tun, als ob man etwas täte. Die geforderte Reichstagsfähigkeit der Berufsvereine hat sich das Zentrum zum Ziel seines parlamentarischen Anlaufs genommen. Die Reichstagsfähigkeit der Berufsvereine ist nun allerdings eine Sache, die unter den bestehenden Verhältnissen ihre zwei Seiten hat. Sie erfordert gleichzeitig den vollsten Ausbau der Koalitions- und Vereinsfreiheit, sie darf sich nicht auswachsen zu einem Konzeptionsystem, das mißliebigen Vereinen ein Recht entziehen kann, das für andere besteht. Das Problem ist bekanntlich nicht neu, und es wäre längst gelöst worden, wenn man nicht einerseits aus der Erteilung der Reichstagsfähigkeit einen Vorteil für die moderne Arbeiterbewegung befürchtete, andererseits vergebens nach einem Mittel gesucht hätte, die Schafe von den Wölfen zu scheiden. Es wird sich vielleicht bald die Gelegenheit ergeben, die Leidensgeschichte dieses Projekts zu erzählen, das ja angeblich nach der „Sozialen Praxis“ jetzt bald durchgeführt werden soll, für die gesetzgeberische Fruchtbarkeit der Regierenden aber just kein rühmliches Zeugnis ablegt.

Die nationalliberale Fraktion hat den Pfeil ihrer Interpellation gegen das Zeugniszwangsverfahren gerichtet; neben den Fällen Hildebrand und Sabis wird dabei wohl auch der Fall unsres Genossen Heßlein in die Debatte gezogen werden, der bekanntlich dem Wunsch des Kriegsministers, Soldatenmißhandlungen bei den militärischen Instanzen anzuzeigen, nachgekommen war und dafür in Zeugniszwanghaft gesetzt wurde. Auch um dieses Reformchen — die Befreiung der Zeugnishaft — plagt man sich seit der Entstehung des Preßgesetzes herum. Abermals also ein Ehrenzugnis der „positiven Arbeit“!

Schließlich tritt auch die sozialdemokratische Fraktion als Interpellantin auf. Und über wie viele Mängel der „positiven Arbeit“ hätte diese zu interpellieren, wenn sie von ihrem Interpellationsrecht nicht sehr bescheidenen Gebrauch machte. Diesmal handelt es sich um eine Frage, die für die Arbeiterklasse des Ruhrreviers brennend ist, um die Bekämpfung der Wurmkrantheit, eine „positive Arbeit“ also um die sich die Regierung bisher schmählich gedrückt hat.

Nach Erledigung dieser Interpellation, die kaum lange Zeit in Anspruch nehmen wird, ist aber die Bahn zur schöpferischen Arbeit noch lange nicht frei. Denn dann kommt erst die zweite Lesung des Etats dran. Das ist allerdings eine Aufgabe, der sich eine gesetzgebende Körperschaft nicht entziehen kann; hier ist aber für alle Parteien von rechts bis links die Kritik, die Negation, das Ablehnen, das Streichen die einzige Möglichkeit einer wirklich fruchtenden Tätigkeit. Denn bei der Beratung der Etats der einzelnen Reichsämtler kann naturgemäß nur die Rede sein von allem, was geschieht und nicht geschehen sollte und umgekehrt von allem, was eigentlich zu tun ist, aber unterlassen wurde. Hier wird man nun bemerken, daß es unter allen Regierungstaten, die der parlamentarischen Kritik unterstellt werden, keine einzige gibt, die eine wirklich neue Erscheinung ist, sondern daß es vielmehr nur die gewöhnliche Fortsetzung von Handlungen ist, ein System des Fortwurstens und Forttretens, gegen das sich die Kritik richtet.

Zu einer solchen Art der Kritik wird vor allem die Beratung des Militäretats reiche Veranlassung bieten. Daß es hier so viel zu kritisieren gibt, daran ist doch gewiß die Sozialdemokratie nicht schuld. Und daß sie sich durch ihre Kritik ein Verdienst um das Volk — wieder philisterpoetisch geredet „das Vaterland“ — erworben hat und dauernd weiter erwirbt, das ist eine Tatsache, die kein Mensch mehr zu leugnen imstande ist.

Umgekehrt wird wiederum der Etat des Reichsamts des Innern Anlaß zu Betrachtungen geben über alle die schönen sozialpolitischen Laten, die in dieser Vera des „sozialen Königtums“ und der „positiven Arbeit“ ungetan bleiben. Wieder wird sich zeigen, welche lange Reihe von Wünschen selbst die bürgerlichen Parteien, um sich die Wählergunst zu erhalten, an die Regierung zu stellen gezwungen sind. Was aber die Sozialdemokratie alljährlich bei diesem Kapitel vorzubringen, wieviel praktische Wünsche im Interesse der Arbeiterklasse sie zu vertreten hat, ist wohl die beste Illustration zu dem bürgerlichen Sägenmärchen von der Partei, die nichts will als negieren, kritisieren und zerstören.

Solche Beispiele ließen sich genau so viel anführen, als es Reichsressorts gibt. Ist aber die bloß kritische und fordernde, aber direkt unproduktive Staatsberatung zu Ende, dann stürzt sich wohl der Reichstag mit Feuereifer in die positive Arbeit? Ei freilich! Dann hat er sich zuerst mit der Reichsfinanzreform umständlich herumzuschlagen, die nichts anderes ist als ein zersprungener Reif für einen geborstenen Kessel. Und was die Regierung sonst auf dem Programm hat, das ist die Errichtung der Raunmanngerichte, sicherlich auch keine welterstatternde positive Leistung.

Die Initiativanträge der Parteien bleiben aber wie im alten Reichstag auch im neuen in die Afsenbrödelecke der Schwerinstage verworfen. Diese Schwerinstage sind für den Reichstag ungefähr das, was für ein vielgeplagtes Dienstmädchen die Stunden sind, in denen sie für sich selber stricken und flicken darf. Die Strümpfe werden ja doch nicht fertig!

Hinter dem aufgeblähten Prokentum der positiven Arbeit steckt also nichts als die ödste parlamentarische Unfruchtbarkeit. Es gibt nur eine Partei, die ernstlich will, daß der Reichstag schöpferisch, fruchtbar und positiv arbeite; und diese Partei hat vorläufig nur erst 81 Mandate! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 11. Januar 1904.

Wieviel ist ein Mensch wert?

„Sieber sollen Millionen geopfert werden, als daß ein einziger Statist verdreht!“

So soll sich den Berichten der höfischen Presse zufolge der deutsche Kaiser geäußert haben in jener Beratung, in der beschlossen wurde, die Opernvorstellungen aus dem fenergefährlichen Berliner Opernhause in das nicht viel bessere Krollische Stabliement zu verlegen.

Es läßt sich nicht feststellen, ob es sich hier um einen Fall höfischer Legendenbildung oder um etwas Besseres handelt, aber ohne weiteres kann die Gesinnung, die aus

dieser Aeußerung spricht, bei ihrem angeblichen Urheber vorausgesetzt werden. Schade nur, daß eine solche Gesinnung, die durchaus sozialistischen Begriffen von dem Werte des menschlichen Lebens entspricht, in der Praxis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zumal in der Praxis des preussischen Staates ihre entschiedenste Begnerin findet.

„Sieber sollen die preussischen Eisenbahnen nicht rentieren, als daß ein Schaffner überfahren oder ein Rangierer totgequetscht wird!“ — wenn ein Sozialdemokrat einen solchen Ausruf täte, so würde ihn der königlich preussische Eisenbahnminister Budde sicherlich als einen Ausfluß staatsfeindlicher Gesinnung bezeichnen.

Auf den Bahnhöfen Berlins haben sich in der Zeit des Weihnacht- und Neujahrverkehrs die Unglücksfälle in erschreckendem Maße vermehrt. Eöbliche Unfälle haben sich in den letzten Tagen auf nicht weniger als vier Bahnhöfen zugegetragen. Das hat einem bürgerlichen Blatte, der Berliner „Morgenpost“ Veranlassung gegeben, die Zustände auf diesen Bahnhöfen zu untersuchen, und dabei ist sie zu dem Resultat gekommen, daß mindestens zwei dieser Bahnhöfe, der Lehrter und der Ostbahnhof, als wahre Menschenfallen zu bezeichnen sind. Das Rangieren der Züge wird in einer undurchdringlichen Finsternis unter der größten Ersparnis von Zeit und Menschen vorgenommen. Die Vorschriften, die zur Vermeidung von Unfällen erlassen sind, stehen nur auf dem Papier, weil ohne ihre Umgehung das riesige Arbeitspensum von der geringen Zahl der Hände unmöglich bewältigt werden kann. Auf dem Ostbahnhof sind längs der Rangiergleise Baumaterialien aufgestapelt, so daß der Raum fehlt, um herankommenden Zügen rechtzeitig auszuweichen. Als einmal ein höherer Eisenbahner über eine solche Garrisade stolperte, begann man hastig mit Aufräumungsarbeiten — nach ein paar Wochen war's aber wieder wie zuvor.

Dabei sind die Rangierer gehalten, siebenmal hintereinander eine zwölfstündige Nachtschicht zu absolvieren, für deren jede sie mit 3 Mark 20 Pfennig und 20 Pfennig Funktionszulage entlohnt werden.

Für gewöhnlich beschränkt sich die Lokalberichterstattung in solchen Fällen auf eine kleine Notiz von zwei bis drei Zeilen. Während man bei einer journalistischen Sensation, wie der Theaterbrand von Chicago eine war, alle graufigen Einzelheiten bis in das Kleinste schildert, weiß der Lokalbericht selten etwas zu melden von den unsäglichen Qualen verunglückter Bahnarbeiter und dem Jammer ihrer Hinterbliebenen.

Und doch fordert der königlich preussische Staatsbahnbetrieb in einem Jahre so viel Opfer, wie sie Theaterbrände für gewöhnlich kaum in einer Reihe von Jahren fordern!

Wenn sich aber die Arbeiter der königlich preussischen Bahnen daran erinnern, daß auch ihr Leben etwas wert sei und zu dem Schutzmittel der gewerkschaftlichen Organisation greifen, so sind sie Staatsfeinde geworden und liegen auf's Pflaster.

Daß also das Leben der Theaterstatisten so hoch bewertet wird, wie es durch den deutschen Kaiser geschehen sein soll, ist ja sehr erfreulich — leider doch nur ein erfreulicher Einzelfall. Daß was für die Statisten der königlichen Oper in Berlin gilt, bald für die Arbeiter aller Verufe gelten möge — das zu erreichen ist die Aufgabe jener Arbeiterbewegung, die vom deutschen Kaiser so hart gescholten wird. —

Meerane - Grimmitschan.

Am 12. Oktober 1902 brach in Meerane der Weberstreik aus, der am 8. Januar 1903 sein Ende fand. Es ist also in diesen Tagen ein Jahr vergangen, daß dieser Streik besteht ist. Heute, wo sich in Grimmitschan die Unternehmer und Arbeiter gegenüberstehen und eine ganze Industrie auf dem Spiele steht, ist es doppelt interessant, an den Meeraner Streik zu erinnern. Die Unternehmer hatten den Arbeitern einseitig einen neuen Lohnvertrag vorgelegt, der trotz der bis dahin gezahlten schlechten Löhne noch weitere Verschlechterungen beabsichtigte. Einmütig legte die Arbeiterklasse die Arbeit nieder. Seit dem Jahre 1896 waren die Löhne um 75 Prozent zurückgegangen. Trotzdem behaupteten die Unternehmer nicht konkurrieren zu können. Der Durchschnittsverdienst der Meeraner Weber betrug 9 bis 10 Mark. Die Meeraner und Glauchauer Weber standen mit ihren Löhnen noch hinter den schlechtesten Webern zurück. Am 30. Oktober erklärten die vereinigten Fabrikanten einem Flugblatt:

„Gätten die Arbeiter in dieser so ernsten Angelegenheit gewissenhaft gehandelt, so müßten sie sich unbedingt über die Lohnverhältnisse der in Frage kommenden Konkurrenzsocher unterrichten. Sie würden dann sofort gefunden haben, daß die festigen Fabrikanten absolut nicht in der Lage waren, weitere Zugeständnisse zu machen. Der Streik ist also in der gewissenhaftesten Weise vom Baune gebrochen. Er ist nur politische Sache.“

Genau dasselbe Bild wie in Crimmitschau: der Streik war eine politische Wache!

Die Stimmung der Streikenden wurde infolge des abgelehnten Verhaltens der Unternehmer immer erbitterter, an ein Nachgeben war aber nicht zu denken — sollten die Arbeiter hungern, so konnten sie auch ohne Arbeit hungern, meinten sie. Die Verzweiflung zwang die Meeraner zum Aushalten, das übrige tat die Solidarität der deutschen Arbeiter. Mächtig wuchsen die Kämpfenden gehoben durch das ihnen bereitete Beharrungsvermögen. Der Streik zog sich in das neue Jahr hinein — die Unternehmer blieben hartnäckig und lehnten alle Einigungsversuche ab. Schließlich mußten sie sich aber doch zu Unterhandlungen herbeilassen und Konzessionen machen. Am 11. Januar kehrten die Arbeiter in die Fabriken zurück.

In dem Streik waren rund 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt, zu deren Unterstützung die deutschen Arbeiter 200 000 Mk. angebracht hatten. Niemand hätte, so ich nicht die „Leipziger Volkszeitung“, damals geglaubt, daß in Sachsen so bald wieder ein ähnlicher Streik zwischen den Unternehmern und den Arbeitern der Textilindustrie ausbrechen würde. Doch welche Täuschung! Mitte August werden in Crimmitschau 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt, weil sie auf einer kürzeren Arbeitszeit bestanden. Die Fabrikanten konnten natürlich wiederum aus Konkurrenzrücksichten den Forderungen der Arbeiter nicht entsprechen. So ist heute der Kampf in Crimmitschau seit 20 Wochen. — Meerane war ein Kinderspiel gegen Crimmitschau. Wie wird der Kampf hier enden?

Genau wie in Meerane tragen auch in Crimmitschau die Unternehmer vorläufig noch den Nachen. Sie lassen durch den „Crimmitschauer Anzeiger“ erklären, daß sie sich auf weitere Vermittlungsversuche nicht mehr einlassen werden. Die Folgen dieser Hartnäckigkeit sind an dem Streik schon häufig klargestellt worden.

Inzwischen geht das Suchen nach Streikbrechern weiter. Der Magdeburger „Volksfreund“ wird hierzu aus Crimmitschau geschrieben:

Folgender Brief ist dem Streikbrecher geschrieben worden:

Herrn Simon Birck
Schneiderei in Bayern.
Im Besitze Ihres wertigen Scheines hab ich mich bereit, Sie als Weber einzustellen, das nach meine Bedingung sein, daß Sie bereits am Montag den 4. Januar d. S. anfangen.
Sie wollen uns an bis dahin warten, wenn Sie kommen, damit wir Sie am Besuche in Empfang nehmen können.

Der Weber verdient bei uns ein Kost 20,— bis 27,— Mark pro Woche, je nach Leistung.

Wie Sie sich eingerichtet haben, werden wir Ihnen einen festen Lohn von Mark 18,— geben, das heißt es außer Frage, daß Sie davon einer Woche mehr verdienen.

Wenn Ihnen das nicht reicht, dann Sie in gemeinschaftlichen Schlichtung mit uns 7 Mann wohnen und wer am meisten verdienen kann.

Verantwortlich
Geleiteter Herr.

Spezialer Brief ist dem Streikbrecher geschrieben, hat aber kein Ziel erreicht, weil angestellter Arbeiter und trotzdem ihm von einem der Streik das Recht entzogen wurde, daß er ein sehr tüchtiger Arbeiter ist.

Wenn die Crimmitschauer Fabrikanten berufliche Helfer stellen werden, sind es nur die, die die Fabrikanten unterstützen.

Die Unternehmer reden in ihren Verbotsverboten von Wagnis, die nicht annähernd erreicht werden, und die Unternehmensehre besteht in ihren Erhalten von Gewalttätigkeiten, die sich nicht erzeigen. Soweit wenigstens die ausgeperrten Arbeiter in Frage kommen.

Gegen diesen Band jählicher Verbrechen und jeder Lüge hat die organisierte deutsche Arbeiterbewegung nach wie vor den unverwundlichen Band ihrer Solidarität mit den Beschäftigten von Crimmitschau zu ziehen!

Som Scherzmangel in Preußen.

In Oberschlesien sind zurzeit nicht weniger als 780 Arbeitsstellen an Volksschulen vakant. Mehr wie die Hälfte der Klassen der ober-schlesischen Volksschulen sind überfüllt, sie sind mit 80 bis 100, manche mit 150 und noch mehr Schülern besetzt. Trotz aller Bemühungen hat man in die verlassenen Klassenräume keine neuen und deshalb werden die Schüler in den ober-schlesischen Industriestädten gezwungen, in überfüllten Klassen zu sitzen und die Besorgnisse der Schulleiter zu teilen. Die Schulleiter sind gezwungen, die Klassenräume zu vergrößern, was eine Ausgabe von 150 Mark, die Eltern zur Hälfte zu tragen zu bestimmen, und der Gefahr, daß die Industriestädte mit weniger brauchbarem Material für den Schulbau zu rechnen, mit es heißt aus den Klassenräumen zu bauen.

Aber man sollte vielleicht bedenken, dass die jenseitigen Schulverhältnisse der Volksschullehrer lassen den Beruf eines Volksschullehrers in Preußen wenig begehrt sein. In den letzten Gegenden Oberschlesiens erhält nur der „Leipziger Volkszeitung“ geantwortet, ein Lehrer verdient hier etwa 1000 Mark im Jahr, während ein Arbeiter in Crimmitschau 1200 Mark im Jahr verdient, ein Arbeiter in Crimmitschau 100 bis 180 Mark im Jahr, was er in Crimmitschau verdienen kann. — Die jenseitigen Schulverhältnisse von 2500 Mark im Jahr. Da dieser Betrag die Gehälter der Lehrer nicht deckt, so sind die Lehrer gezwungen, in Crimmitschau zu arbeiten, während die jenseitigen Schulverhältnisse von 2500 Mark im Jahr.

größere Nehmlichkeit mit den Schulverhältnissen unseres lieben nachbarlichen Freundes Russland bekommen. —

Wahrung berechtigter Interessen?

Am Freitag hat in Berlin eine Straßverhandlung gegen die Redakteure des „Vorwärts“ Reich und Kaliski stattgefunden, die durch ihre Berichte über die ober-schlesischen Wahlkreise und deren gerichtliche Verurteilung zahlreicher Beamte und jene beiden Verurteilten haben sollen, die Verurteilten an die Behörde ausliefern.

Was man im allgemeinen von der Tätigkeit der ober-schlesischen Behörden zu halten hat, dafür hat sich im Laufe der Jahre ein Berg von Tatsachen angehäuft, den das Mäuschen einer Anklage unmöglich wegbeißen kann. Und wenn gleich einer der Zeugen, Dr. Karras, zu erzählen mußte, wie ungleich die Behörden im letzten Reichstagswahlkampf Sonne und Wind verteilt haben, so hat er damit sicher weder den anklagenden Staatsanwalt, noch den vor-sitzenden Richter übertrifft.

Was die fiktive Beurteilung des Falles anlangt, so ist es gleichfalls von vornherein klar, daß sich der „Vorwärts“ armer unglücklicher Menschen angenommen hat, die ohne oder mit geringfügiger Schuld dem entsetzlichen Elend einer langen Zuchthausstrafe verfallen sind. Um ihre Unschuld zu beweisen, hatte der „Vorwärts“ Tatsachen angeführt, die für die Schuld der Behörden sprechen.

Also Wahrung berechtigter Interessen? Es liegt augenblicklich ein sehr interessanter Fall vor, in dem in solchem Sinne entschieden wurde. Der freimüthige Dr. Barth war während der Reichstagswahlen in einem konservativen Flugblatt in erwiehener lügnischer Weise des Kaufes sozialdemokratischer Stimmen beschuldigt worden. Auf Eruchen Barths hatte der Justizminister die Einleitung des Ermittlungsverfahrens veranlaßt, der Kösliner Staatsanwalt aber hatte das Verfahren eingestellt, weil die Verfasser des lügnischen Flugblatts „in Wahrung berechtigter Interessen“ gehandelt hätten. In gleichem Sinne hat jetzt auch der Oberstaatsanwalt in Stettin entschieden.

Dr. Barth hat sich mit einer neuen Beschwerde an den Justizminister gewendet. Wird sie Erfolg haben? Oder werden die Richter in Berlin erklären, daß mindestens so gut wie die Verfasser des Kösliner Lügenflugblatts die unartigen Verleumdungen der Lurhütter Opfer „in Wahrung berechtigter Interessen“ gehandelt haben?

Sie haben es nicht erklärt. Der Schluß der Urteilsbegründung, die am Freitag spät abends gegeben wurde, lautet:

Der Schluß des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) Str.-G.-B. konnte nirgends in Betracht kommen, da nach Art. 193 des Reichsgesetzes in keinem Falle Sachen in Betracht kommen, welche die Redakteure direkt betrafen. Bei Verurteilung der Gesamtheit hat das Gericht fragend die Schärfe der Verleumdungen erwoogen, fragend über die Erregung in der Öffentlichkeit, in der sich die Angeklagten befinden. Das Gericht nimmt auch fragend an, daß in dem Wahlkreis Pommern vor dem 1. Juni 1906 von allen Seiten nicht ganz korrekt vorgegangen ist. Hierher gehört das Verhalten der Öffentlichkeit, welche in den letzten politischen Agitationen geirrt haben, und die Tatsache, daß die Versammlungen von Polen und Sozialdemokraten unzulässig beschränkt worden sind.

Demnach wird der Angeklagte Reich zu einer Gesamtkstrafe von sechs Monaten Gefängnis, der Angeklagte Kaliski zu einer Gesamtkstrafe von vier Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt.

Was ging und was geht Oberschlesien die „Vorwärts“-Redakteure an, mögen die Versammlungen der ober-schlesischen Sozialdemokraten auch noch so oft unzulässig beschränkt worden sein!

Dagegen gehört es unzweifelhaft zur Wahrnehmung berechtigter Interessen, wenn die Konservativen des Wahlkreises Köslin durch eine Häufung von Lügen und Verleumdungen den Liberalen Barth zur Strecke bringen.

Im mode von Rechtsstaate wenigstens, von dessen Erhaltung die Liberalen unablässig träumen! —

Willerands Ausschluß.

Ueber die nächsten äußerlichen Folgen des hier schon kräftig gewürdigten Ereignisses weiß der Pariser „Revue“ mitzuteilen:

Der Ausschluß Willerands und seines Wahlkreises aus dem Seine-Kreis hat zunächst nur die Folge, eine bisherige Gruppe der Partei zu isolieren, denn niemand kann das Komitee des nächsten Pariser Arrondissementes, das über tausend Personen umfasst, bezeichnen, sich auch weiterhin „sozialistisch“ zu nennen. Und die parlamentarische Stellung Willerands erleidet durch seine geringere persönliche Unabhängigkeit keine Einbuße und höchste Chancen bestehen, daß ihm der Parteibann nur angewiesen ist, weil er ihm die Zeitnahme an tüchtigen Kandidaten erleichtert. Sei es allen diesen Erwägungen dürfte man allerdings weniger sein, die Meinung von Jaures zu verwerfen, aber Jaures verfährt in diesem Augenblick, was ihm vorkommt, nicht gerade unangelegentlich über seine Pariser Zeitnahme, er ist nur zwei Wochen aus der „Petite Republique“ ausgeschlossen und sein neues Organ ist noch nicht geboren.

Diese Zeitungsstrategie wird für die Partei vielleicht von unvorstellbar Folgen begleitet sein, als das jüngste Beispiel Willerands. — Die Jaures sein bisheriges Organ verließ, weil er die Gründung seines neuen Blattes nicht länger hat, als je in Paris. Jaures will ein Blatt schaffen, das demnach unabhängig ist von den geschäftlichen Interessen des Arrondissementes, unabhängig ist es auf das Arrondissement beschränkt, in dessen Bezirk die Pariser Presse im allgemeinen sehr und dessen besonderer Charakter den Hauptgrund der Isolation ist. Ein Blatt ohne solche geschäftlichen Bindungen ist ein fast unerschöpfliches Reservoir, wenn es sofort imstande ist die Öffentlichkeit zu erreichen. Jaures wird die Mittel wohl empfinden, aber es werden darüber wohl noch zwei Monate vergehen. Das neue Blatt soll unter Jaures nach Brüssel, Fribourg und die Schweiz als unabhängige Redaktionsstelle mit einem stark erweiterten Redaktionsstab liegen, es soll einen literarischen Teil unter der

Direktion von Anatole France enthalten und eine Uebersicht über die sozialistische Bewegung aller Länder geben; man denkt an Bernstein, Andrea Costa und andre ausländische Sozialisten als regelmäßige Mitarbeiter. Die Tendenz des Blattes soll sich im Titel „L'Union Social“ (Soziale Zukunft) widerspiegeln.

So schön diese Bilder der Zukunft erscheinen, so wird das neue Jauresche Blatt aber doch gezwungen sein, in erster Linie auf die alte Anhängererschaft der „Petite Republique“ zu rechnen; es ist also zu befürchten, daß beide Blätter in einen lebhaften Konkurrenzkampf geraten, in dem sie vielleicht beide untergehen. Wie man mir berichtet, richtet sich die unter der Leitung von Gerault-Richard weiterlebende „Petite Republique“ bereits mit großem Eifer auf die neue Situation ein. Sie soll in den nächsten Tagen mit sechs Seiten erscheinen und ihren bisher rein politischen Charakter insofern ändern, als sie zugleich einen literarischen Teil einführt, der gewissermaßen das Rendez-vous des literarischen Jung-Franzosen werden soll; als ständige Mitarbeiter nennt man die Brüder Marguerite, Rofny, Bouchor u. a.

Man sieht, daß die Absichten der beiden Unternehmen sich begegnen und vielleicht ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich noch vor dem Ausbruch des offenen Konkurrenzkampfes schließlich doch auch die treibenden Kräfte wieder ausfinden und vereinigen. Für Jaures wäre diese Rückkehr vielleicht ebenso vorteilhaft wie für die „Petite Republique“.

Wir können natürlich nicht kontrollieren, wie viele dieser Angaben auf Tatsachen beruhen. —

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. Eine neue Mittelstands-Vereinigung ist unter dem Namen „Allgemeiner Verein der Gewerbetreibenden Deutschlands“ in Berlin ins Leben getreten. Die neue Organisation hat sich aus dem Verein der Gewerbetreibenden gebildet, der hauptsächlich mit Rücksicht auf die Rabattparvereine gegründet wurde. Der neue Verein bekämpft neben den Konsum- und Rabattparvereinen auch die Warenhäuser. Mit den Rabattparvereinen sind verschiedene Prozesse bereits ausgetrieben worden, andre schweben. —

In Sachen des Kinderschutzes hat der Vorstand der Berliner Bäckerinnung eine Petition an das Berliner Polizeipräsidium gerichtet, in der um Mildertung der Bestimmungen, die das Gesetz in gewissen Fällen zuläßt, gebeten wird. Ein Bescheid ist bis jetzt darauf noch nicht eingegangen, auf Anfragen bei einem Polizeirevier soll aber die Antwort gekommen sein, daß man vorläufig das Ausstragen der Backwaren wie vorher besorgen lassen könne. Die Bäckermeister glauben, daß die Polizei ihnen die Vergünstigungen, die sich auf die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beziehen, gewähren werde. Das ist leicht möglich! —

Wegen seiner Abstimmung für einen welfischen Kandidaten war der Gemeindevorsteher Brammer-Bronstorf von dem Regierungspräsidenten aufgefordert worden, sein Amt niederzulegen. Er leistete dieser Aufforderung nicht Folge. Jetzt hat der Kreisaußschuß nach dem „Berl. Neuest. Nachr.“ gegen Brammer auf Amtsentsetzung erkannt, „da er sich des Vertrauens, welches sein Beruf erfordere, unwürdig gezeigt habe.“ Da und dort werden also die Welfen den Sozialdemokraten an „Unwürdigkeit“ gleich gehalten. Voraus hervorgeht, daß treuer Monarchismus den monarchisch Gesinnten für ebenso gefährlich gelten kann wie das Bekenntnis zur Republik. Die Treue zur angestammten Dynastie birgt, wie man sieht, tiefe Rätzel. —

Die sächsische nationalliberale Partei wird die Wahlrechtsvorschläge der Regierung bekämpfen. Sie ist nach der „Frankfurter Zeitung“ Gegnerin berufsständischer Wahlen und erwartet von der Verwirklichung der Vorschläge lediglich eine Verstärkung der zünftlerischen Antisemiten und der konservativen Mittelstandspolitiker. —

Hannover, 10. Januar. Gegenüber der auch von uns weitergegebenen Meldung Berliner Blätter, daß zwischen dem Stadtdirektor Tramm und dem früheren Regierungspräsidenten v. Brandenstein ein Duell stattgefunden hätte, und daß die Erkrankung des Stadtdirektors auf dieses Duell zurückzuführen sei, ist das „Hannoversche Tageblatt“ zu der bestimmten Erklärung ermächtigt, daß von diesem Gerücht auch nicht ein Wort wahr ist. —

Aus Sachsen, 10. Januar. Einen sozialdemokratischen Stadterordnetenvorsteher und zwar den gegenwärtig einzigen in Sachsen, hat nummehr die Stadt Penig. Bei der Stadterordnetenwahl im Dezember v. J. erhielten unsere Genossen dort die Majorität. Das veranlaßte die Gegner, schnell noch eine Wahlentscheidung vorzunehmen. Vorläufig aber besteht die sozialdemokratische Majorität und diese stellte selbstredend den Vorsitzenden. —

Dresden, 11. Januar. Dem Landtag wird in den nächsten Tagen eine Denkschrift der sächsischen Regierung über die Aussperrung in Crimmitschau zugehen. (Siehe Privattelegramm der hiesigen Nummer. Red.) —

Auerbach i. B., 9. Januar. Bei der Reichstagsersatzwahl im 22. sächsischen Wahlkreis Reichenbach-Auerbach am 5. d. M. wurden nach dem amtlichen Resultat 25 552 Stimmen abgegeben; davon erhielten Stadterordneter Adolf Hoffmann in Berlin (Soz.) 15 772, Graf v. Hoensbroech-Gr. Richterfelde (b. k. F., wild-national-liberal) 9749 Stimmen. Hoffmann ist somit gewählt. —

München, 10. Januar. Der Anarchist Demppwolf, der in den 80er und anfangs der 90er Jahre hier viel von sich reden machte, ist in der Kreisirrenanstalt als unheilbar Irrenmüthig gestorben. — Ein Zentrumsantrag verlangt, die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, die Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren zu beauftragen, eine besondere Untersuchung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der bayrischen Staatsindustrie beschleunigen Arbeiterchaft durchzuführen und in dem nächsten Jahresbericht eingehend darüber Bericht zu erstatten. —

Das Kinderschutzgesetz.

II.

Soweit schulpflichtige Kinder nach diesen Bestimmungen in Werkstätten, in der Hausindustrie, im Handels- und Verkehrsgewerbe überhaupt beschäftigt werden dürfen, ist es unterzagt, sie zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens sowie überhaupt vor dem Vormittagsunterricht und während zweier Stunden nach dem Vormittags- und während einer Stunde nach dem Nachmittagsunterricht tätig sein zu lassen. Während der Ferien ist den Kindern eine zweistündige Mittagspause zu gewähren. Diese Bestimmungen finden auch Anwendung für die Beschäftigung fremder Kinder mit dem Austragen von Waren und mit Botengängen sowie für die Beschäftigung eigener Kinder mit dem Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaren für fremde Rechnung.

Wer fremde Kinder oder eigene Kinder für fremde Rechnung (d. h. also stets indirekt für den Gewerbebetrieb eines Dritten) in Werkstätten, in der Hausindustrie, im Handels- und Verkehrsgewerbe, wer fremde Kinder mit dem Austragen von Waren und mit Botengängen, wer eigene Kinder für fremde Rechnung mit dem Austragen von Milch, Zeitungen und Backwaren beschäftigt, hat dafür zu sorgen, daß die dreistündige, während der Ferien die vierstündige Maximalarbeitszeit nicht überschritten wird. — An Sonn- und Festtagen ist jede Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in Werkstätten, in der Hausindustrie, im Handels- und Verkehrsgewerbe verboten. Mit dem Austragen von Waren und mit Botengängen darf man fremde Kinder an Sonn- und Festtagen höchstens 2 Stunden beschäftigen; während des Hauptgottesdienstes und eine halbe Stunde vorher sowie nach 1 Uhr nachmittags ist es verboten, fremde schulpflichtige Kinder Waren austragen oder Botengänge vornehmen zu lassen. Diese Bestimmungen gelten auch für denjenigen, der eigene Kinder auf fremde Rechnung, also für einen ihm selbst nicht gehörenden Betrieb Milch, Zeitungen und Backwaren (also nicht auch andre Waren) austragen läßt.

In Gast- und Schankwirtschaften ist die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 12 Jahren ganz verboten; schulpflichtige Mädchen über 12 Jahren dürfen außerdem keine Gäste bedienen. Soweit Kinder demnach in Gastwirtschaften überhaupt beschäftigt werden dürfen, ist ihre Beschäftigung zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens, vor dem Vormittagsunterricht, zwei Stunden nach dem Vor- und eine Stunde nach dem Nachmittagsunterricht unterzagt. Während der Schulferien ist den Kindern eine zweistündige Mittagspause zu gewähren. — Leider aber wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Polizei das Recht eingeräumt, für Gemeinden unter 20000 Einwohnern nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde für solche Wirtschaften Ausnahmen zuzulassen, in denen in der Regel nur zur Familie des Wirtes gehörige Personen beschäftigt werden. — Soweit fremde Kinder in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigt werden dürfen, besteht dreistündige, während der Ferien vierstündige Maximalarbeitszeit; dagegen gilt das Verbot der Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen leider im Gastwirtsgerwebe nicht. Zu bemerken ist noch, daß natürlich die Tätigkeit der Kellnerinnen auch unter die Beschäftigung in Gast- und Schankwirtschaften fällt.

Zum Zwecke der Kontrolle hat jeder, der in einer Werkstätte, im Handels- und Verkehrsgewerbe, in Gast- und Schankwirtschaften, im Theater oder bei sonstigen Schaustellungen oder mit dem Austragen von Waren oder Botengängen ein fremdes Kind beschäftigt will, — außer bei einer einmaligen gelegentlichen Beschäftigung — dies der Polizei anzuzeigen. Leider wurde der Antrag unserer Genossen abgelehnt, diese Bestimmung auf die eigenen Kinder auszuwehnen. Gerade die Kontrolle über die Innehaltung der Bestimmungen über die Arbeitszeit der von ihren eignen Eltern beschäftigten Kinder ist dringend notwendig. Kein schulpflichtiges fremdes Kind darf, außer zu einmaliger gelegentlicher Tätigkeit, beschäftigt werden, ohne im Besitz einer polizeilichen Arbeitskarte zu sein. Die Polizei darf diese Karte nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Vaters oder Vormundes ausstellen. Ist von diesem eine zustimmende oder abweisende Erklärung nicht zu beschaffen, dann kann die Genehmigung durch die Gemeindebehörde erteilt werden. — Diese Erleichterung der Erwerbsarbeit wurde leider auf die eignen Kinder nicht ausgedehnt; der Vorschlag der Sozialdemokraten, auch die Beschäftigung eigener Kinder von dem Besitze einer Arbeitskarte abhängig zu machen, wurde abgelehnt.

Als „eigene“ Kinder im Sinne des Gesetzes gelten nicht nur Söhne und Töchter, sondern auch Stiefkinder, Enkel, Stiefenkel, Adoptivkinder, Adoptivkinder des Ehegatten, Mündel und Mündel des Ehegatten — alle natürlich nur, sofern sie zum selben Hausstand gehören. Leider gelten als „eigene“ Kinder auch diejenigen, die dem, der sie beschäftigt, zur Fürsorgeziehung in seiner Familie behördlicherseits überwiesen sind. Die Opposition der sozialdemokratischen Fraktion gegen diese Bestimmung brachte es zwar dahin, daß die Pflegeeltern die ihnen zugewiesenen Böglinge nur dann länger oder in anderer Weise wie sie fremde Kinder auszunutzen berechtigt wären, beschäftigen dürfen, wenn sie ihre eignen Kinder gleichzeitig arbeiten lassen. Immerhin ist einer rückwärtslosen Ausübung der sogenannten Ziehkinder durch das Gesetz der Weg gebnet, denn wenn die eignen Kinder auch mit den Pflegekindern zusammen arbeiten, braucht die Intensität der Arbeit noch keineswegs für alle gleich zu sein.

Zu bemerken ist noch, daß die Behörden während der ersten beiden Jahre einige Ausnahmen von dem Gesetz zulassen können.

Abgesehen von der Unzulänglichkeit des Gesetzes ist es auch wegen seiner Kompliziertheit nur als eine unzureichende Konzession anzusehen; die sozialdemokratische Fraktion konnte und mußte dafür stimmen, aber nur, um es als eine Abschlagszahlung auf das völlige Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern zu akzeptieren. —

Gefängnis, 11 Monate 20 Tage mittlerer Arrest, 2 Monate 11 Tage gelinder Arrest, 2 Monate 22 Tage Stubenarrest. In ganzen 20 Jahre 8 Monate 29 Tage Freiheitsentzug. An Ehrenstrafen wurden verhängt: 1 Dienstentlassung, 7 Degradationen.

Auf Preußen treffen 18 Jahre 3 Monate 22 Tage Gefängnis, 7 Monate 3 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 27 Tage gelinder Arrest, 2 Monate 22 Tage Stubenarrest, 1 Dienstentlassung, 6 Degradationen; auf Bayern 9 Monate 14 Tage Gefängnis, 15 Tage mittlerer Arrest, 14 Tage gelinder Arrest, 1 Degradation; auf Sachsen 3 Monate Gefängnis, 4 Monate 2 Tage mittlerer Arrest.

Auch in diesem Vierteljahr sind die größten Quälereien in Preußen vorgekommen. Von den Bestraften seien die Offiziere und diejenigen Unteroffiziere genannt, die sich die schwersten Ausschreitungen zuschulden kommen ließen.

a) Offiziere: Hauptmann Cassinone vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 171 4 Wochen Stubenarrest, Leutnant Schilling vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 98 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Dienstentlassung (618 Mißhandlungsfälle, 57 Fälle vorschriftswidriger Behandlung), Leutnant Joachim v. Sellaermann vom preussischen 4. Garde-Regiment zu Fuß 21 Tage Stubenarrest, Leutnant Jasper v. Arnim vom badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 14 Tage Stubenarrest. Ferner wurden wegen mangelhafter Beaufsichtigung ihrer Untergebenen bestraft: Hauptmann v. GroImann vom preussischen 4. Garde-Regiment zu Fuß (Hauptmann des Unteroffiziers Breidenbach) mit 11 Tagen Stubenarrest und Hauptmann Pasche vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 98 (Hauptmann des Leutnants Schilling) 5 Tage Stubenarrest.

b) Unteroffiziere: Unteroffizier Reigel vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 52 5 Jahre Gefängnis, Degradation; Unteroffizier Franzky vom Rendsburger Infanterie-Regiment 5 Jahre Gefängnis, Degradation (1520 Fälle von Mißhandlungen, 80 Fälle vorschriftswidriger Behandlung); Unteroffizier Linke vom Infanterie-Regiment Nr. 48 einundeinhalb Jahre Gefängnis, Degradation; Unteroffizier Knapp vom preussischen Pionier-Bataillon Nr. 13 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, Degradation (220 Fälle von Mißhandlungen, 30 Fälle vorschriftswidriger Behandlung); Unteroffizier Pirchner vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 153 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, Degradation; Unteroffizier Hoffmann vom preussischen Feldartillerie-Regiment Nr. 63 1 Jahr Gefängnis und Degradation (693 Fälle von Mißhandlungen); Unteroffizier Finkensiep vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 159 1 Jahr Gefängnis, Degradation (500 Fälle von Mißhandlungen).

In Bayern ist der höchstbestrafte Unteroffizier der Unteroffizier Heim vom 3. Infanterie-Regiment, der einjährige mißhandelte und dafür zu 5 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt wurde. In Sachsen wurde am höchsten bestraft der Unteroffizier Bach vom Feldartillerie-Regiment Nr. 64 mit 3 Monaten Gefängnis.

Die „Haupthelden“ des letzten Quartals 1903 waren die Unteroffiziere Reigel und Franzky. Ersterer mal-

Welche Lust, Soldat zu sein!

Von Ende September bis Ende Dezember 1903 wurde die gerichtliche Aburteilung von 47 militärischen Vorgefällen wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung von Untergebenen bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen: 19 Jahre 4 Monate 6 Tage

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeleser.

(27. Fortsetzung.)

An der einen Wand des niedrigen Zimmers hing in schwerem Goldrahmen Lina's Porträt. Niemals legte Horstmann sich zur Ruhe, ohne es vorher anzuschauen. Er stand davor mit dem gläubigen, inbrünstigen Blick eines Bauern, der zu seiner Heiligen betet.

So wie diese gemalte elegante Frauengestalt mit den rosigen Schultern, mit dem Perlentoller um den Hals, mit dem leichtsinnigen Lächeln einer Weltkame, in einem merkwürdigen Gegensatz zu dem elenden Raume stand, in dem sie hing, den gefalteten Händen, den braunen Jutegardinen, dem Tisch von Fichtenholz: in ebensolchem Gegensatz stand Anna zu dem Mann, dem sie angehörte. Aber er merkte nichts von diesem Gegensatz und ahnte nicht, wie fremd sie ihm im Grunde war.

Die ganze Woche über freute er sich auf die Sonnabende, wo er nach Hause reiste. War das Wetter gut, so holte Anna ihn von der Bahn ab. Ihm zu Liebe hatte sie auf den Locken ein Spitzenhäubchen, das ihr etwas Hausmütterliches verlieh. Wenn er kam, überraschte sie ihn immer mit neuen Zärtlichkeiten. Einmal als er zur Tür eintrat, fand er sie in ein Buch vertieft, das von technischen Erfindungen handelte. Sie war so hingekommen, daß sie sein Schellen ganz überhörte, erst als er sie beim Namen nannte, sprang sie auf. Ein andres Mal hatte sie sich versteckt, und als sie ihn mit schmerzlich enttäushtem Gesicht das scheinbar leere Zimmer durchmustern sah, tauchte sie mit dem reizendsten Lächeln hinter dem Diensthirn hervor.

Die Sonnabende hielt sie immer frei. Jeder Besuch wurde gnadenlos abgewiesen. Nur Frau Regierungsrat nahm am Abendessen teil. Nachher verbrachte dann das Ehepaar eine scharmante Plauderstunde. Anna erzählte, wie sie die Woche verbracht hatte, berichtete von ihren Freundsinnen und Freunden, denen sie stets etwas Boshaftes und

Romisches anzuhängen mußte, so daß Horstmann wirklich glaubte, sie hielte alle diese Leute für eine etwas untergeordnete, nicht ernst zu nehmende Gesellschaft. Auch zählte sie auf, was sie alles mitgemacht hatte, und dann nahm sie immer eine etwas leidende Miene an. Gott, waren sie im Grunde langweilig, all diese Bälle, Diners und Soupers! Aber was ließ sich tun? Das Leben stellte diese Ansprüche an eine Frau, die sich zur Gesellschaft rechnet. Wenn sie ihm dann eine Weile etwas vorgebracht hatte, nicht das, was wirklich passiert war, sondern das, wovon sie glaubte, es würde ihm gefallen: fragte sie ihn aus. Und sie mußte ihm durch geschickte Fragen die Worte so zu entlocken, daß er förmlich redselig wurde.

Was machte die Brücke? War er mit den Fortschritten zufrieden? Wieviel Meter fehlten noch an dem Hauptbogen? Wie ging's dem Arbeiter, der vorige Woche das Bein gebrochen hatte? Sie hatte ihm nach Elberfeld ins Krankenhaus einige Flaschen Wein geschickt. Das war ihm doch recht?

Hatte er denn heute die Zeichnungen mitgebracht, aus denen er ihr noch verschiedene Details erklären wollte? Wenn er sie vergessen hatte, fing sie an zu schmollen, im Innern aber dachte sie: Gott sei Dank! Dann kann man dieses langweilige Thema abkürzen. . . Hatte er aber wirklich etwas zu erklären, so hörte sie mit gespannter Aufmerksamkeit zu und wußte ihre Verständnislosigkeit so gut zu verbergen, daß er strahlend vor Glück behauptete, er könne sie nächstens als Hilfsingenieur engagieren.

Sonntag abends kamen meist Gäste, dann trat Horstmann unwillkürlich in den Hintergrund. Ohne Reid sah er zu, wie Anna sich mit ihren Bekannten über Dinge unterhielt, die er nicht verstand, die ihn nicht interessierten. Man mußte er auch seiner Frau zu Liebe eine größere Gesellschaft mitmachen oder selbst eine geben. Aber er war ein gefürchteter Tischnachbar. Einsilbig saß er an der geschmückten Tafel, und weder das Lachen um ihn herum, noch der Glanz der Lichter, noch der Wein konnte den verdrossenen Trost aus seinen Zügen entfernen. Ohne daß er es wollte, machte er den Eindruck, als wenn er die ganze Gesellschaft verachtete und haßte. Die Leute vergalteten ihm diese Un-

höflichkeit, indem sie ihn für einen unangenehmen Menschen erklärten. Einen einzigen Gegenstand gab es, der ihn zum Reden brachte, und das war seine Brücke. Wenn er davon anfang, hörte er so bald nicht wieder auf.

Ist genug feilte er seinen Zuhörer in eine Ecke fest und redete ihm stundenlang die Ohren voll. Aber auch hierin war er nicht geschickt. In dieser naiven Bewunderung der eignen Schöpfung lobte er sich selbst über die Maßen. Er erzählte, daß die beiden höchsten Segelgeschiffe der Welt im vollen Schmutz der Segel unter dem Hauptbogen würden durchfahren können. Was waren dagegen die Triumphbögen des Konstantin auf dem römischen Forum, an denen Tausende von Menschen Jahrzehnte lang gearbeitet hatten! Er mit seinen dreihundert Arbeitern, mit seinen erbärmlichen vier Millionen würde einen höheren Bogen schaffen von derselben Dauerhaftigkeit! Und mit diesen Renommistereien verband er Schmähungen gegen die staatlichen Baumeister und Ingenieure, die sie ihn ein Haus eingebildeter, nichtskönnender Bauherren waren. . . Durch seine Reden machte er sich ebenso unbeliebt wie durch sein Schweigen. Aber er merkte nichts davon. Mit dem Morgen grauen fuhr er nach Lurigen zurück und hatte über der Arbeit bald die ganze Gesellschaft vergessen.

Es gab nur wenige ganz leichte Schatten in dem hellen Bild seiner Ehe, die ihren Glanz aber nicht zu trüben vermochten. Horstmann stand nicht gut mit seinem Schwager. Dehwitz, der stets in Geldnot saß, hatte sich herabgelassen, von ihm größere Summen zu borgen. Von Zeit zu Zeit mahnte der Ingenieur ihn. Dehwitz nahm dann immer den Mund sehr voll: in nächster Zeit würde er für sein Geschäft größere Abschlüsse machen, dann würde alles bis auf Heller und Pfennig beglichen. Uebrigens seien solche Darlehen zwischen Verwandten doch etwas andres als Schuster- und Schneiderschulden, deren Rückzahlung drängte. Horstmann ärgerte sich über diesen aufgeblasen schätzten Ton. Aber auf Annas Wunsch ließ er die Sache ruhen. Um seinem Schwager behilflich zu sein, machte er ihm sogar den Vorschlag, ihn bei seinem Werk anzustellen. Aber der Hauptmann wies dies Anerbieten stolz zurück. Ein Untergebener

(Fortsetzung folgt.)

Stallen.

In Gatz wurde der Priester Angelo Baldiero, früher Stadtpfarrer von Pozzoleone verhaftet. Er hatte eine Sparkasse ins Leben gerufen und dann in seiner Eigenschaft als Direktor derselben 70 000 Frank unter der Hand...

Gewerkschaftsbewegung.

SW. Von den vereinigten Gewerkschaften Amerikas wurden gelegentlich ihres Ende vorigen Jahres abgehaltenen 23. Kongresses eine Anzahl Beschlüsse gefasst, welche geeignet sein dürften, nicht unerhebliches Aufsehen zu erregen.

In Anbetracht, daß wir in naher Zukunft von einer wirtschaftlichen Depression bedroht sind, während der Tausende amerikanischer Arbeiter zweifellos arbeitslos werden und hauptsächlich solche, die gerade jene Art Arbeit verrichten, die beim Bau des Panama-Kanals in erster Linie in Betracht kommt...

Bei solcher Denkart kann es nicht wundernehmen, daß gegenüber gewissen Völkern ein förmliches Einwandungsverbot gefordert wird, denn es heißt in einem weiteren Beschlusse:

Die Ausdehnung des Chinesen-Ausschluß-Gesetzes auf die Japaner, Koreaner und alle andern asiatisch-mongolischen Arbeiter ist zu fördern. Das gegenwärtige Chinesen-Ausschluß-Gesetz auf den Philippinen und Hawaii soll in voller Kraft bleiben.

Dem Geiste moderner, fortschreitender Kultur entsprechen allerdings derartige Beschlüsse, die man nicht anders als außerordentlich engherzig bezeichnen kann, in keiner Weise!

kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Lederarbeiter bei Kahn in Offenbach wurden mit einer Lohnreduktion bedacht. Die Firma ist deshalb gekippt. Die Maurer in Geseffacht bei Hamburg sind auch in die Lohnbewegung eingetreten.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Januar 1904.

Andreas Zierau †. Wieder ist einer der unsrigen dahin! Am Sonntag früh starb am Herzschlag, nachdem er abends zuvor noch seines Amtes als Kolporteur der „Volkstimme“ gewaltet, der Parteigenosse Andreas Zierau im 54. Lebensjahr.

Bei der Firma Otto Gruson ist ein Schlossermeister Stuxer beschäftigt, welchem in einer demnächst stattfindenden Fabrikversammlung erst mal einige Umgangsformen mit Arbeitern beigebracht werden müssen.

Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs für die Woche vom 27. Dez. 1903 bis 2. Jan. 1904 war

nach dem Bericht des hiesigen statistischen Amtes folgende: Geboren wurden 92 männliche, 70 weibliche, zusammen 162 Personen; togeboren — Gestorben sind 89 männliche, 82 weibliche, zusammen 171 Personen, darunter an Diphtherie und Krupp — Die Zahl der Zugezogenen betrug 875, die der Fortgezogenen 549.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Altkäster Rathaus statt.

Arbeiterverstoß. Heute vormittag verunglückte auf dem Krupp-Grusonwerk der Dreher Otto Diez aus Beyendorf, indem er mit dem linken Arm in die Drehbank geriet, wobei er sich einen komplizierten Unterarmbruch zuzog.

Von der Elektrischen verletzt. Am Sonntagabend nach 10 Uhr sprang der Volkshauswart Heinrich Schwielen, wohnhaft Wanzlebenstraße 8a in Bucau, kurz vorm Anhängen von der Elektrischen.

Dieses vom Magdeburger Dach- und Schließ-Institut. Müllgrubenbrände. Im vergangenen Monat wurden infolge der Innenkontrollen einige Müllgrubenbrände von den Beamten bemerkt und gelöscht und zwar Breitenweg 267 und Thiemstraße 14; so auch wieder in der Nacht vom 9. zum 10. d. M.

Volkstümliche Vorlesungen in der Aula der Augustaschule, Bismarckstraße 5. Morgen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, beginnt Herr Oberlehrer Segeffandt die fünfzehnjährige Vortragsreihe über „Die deutsche Oper von Weber bis Wagner“.

Jungen Mädchen von 14-18 Jahren, welche die Hauswirtschaft einschließlich des Kochens gründlich erlernen möchten, werden häusliche Haushalten bei guten Hausfrauen durch den Allgemeinen Deutschen Frauenverein nachgewiesen.

Für die Crimmitschauer Textilarbeiter

gingen jener ein: Gewerkschaften aus der Alten Neustadt 2. Rate 2, Horne (darunter von Harmonie 7) 24, 25. Regellub „Stummel“, Calbe a. S. 2, 05. Kote Stube, Calbe a. S. 4, 30. Unbekannt, Westerschiffen 1, 50. Mühlstein bei Stiller, „hat geludert“ 0, 70. Maurer des Konium-Bereichs Magdeburger-Neustadt 2. — Lustige Feilenhauer 0, 50. Weins Restaurant 1. — Drei verweigerter Schritte 0, 30. Zigarrenladen Friedrichstraße 1, 65. Fr. Hellwig, Halberstadt 1, 50. Metallarbeiter, 4 003 17, 50. Sumpfhöhner Klein-Otterleben 1. — A. Sch., Klein-Otterleben 0, 50. Amerikanische Auktion, Schafensleben 2, 15. Arbeiter Schafenslebens 26, 05. Dilettantenklub „Humor“, Sudenburg, im „Kaufstücken“ 1, 50. Wasserwerke, 8. Rate 8. — Von den 2. B. der Zigarrenfabrik C. Schröder, Neustadt, 3. Rate 15, 55. Stadt 2. B. Bier 0, 20. Holzarbeiter, 2. 6 10, 95. Arbeiter-Gewerkschaft „F. umbach“, Rr., Obenstedt, Amerikanische Auktion 10, 65. Zentralverband der Maurer, Barleben 20. — Bisher quittiert 14 741, 04; dazu obige 304, 30; Summa 15 045, 34. In Nr. 297, vom 20. Dezember 1903, muß es statt „von einem Proletarier 5.“ heißen: von armen Proletariern, Förderstedt 5. — Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 9. Januar 1904.

Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung wurde der Arbeiter Otto Köhler aus Leizkau, geboren 1882, vom Schöffengericht in Gommern am 5. November zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Alle Liebe ruft nicht. Der schon öfter bestrafte Arbeiter Eduard Franke aus Hannover, geboren 1860, traf am 5. Juli 1903 hier in der Mittelstraße mit seiner von ihm getrennt lebenden, jetzt geschiedenen Frau zusammen, die einem andern Manne die Wirtschaft führte.

Ein Sittlichkeitsverbrecher. Der Arbeiter Theodor Böse zu Barleben, geboren 1865, wurde in nichtöffentlicher Sitzung wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wegen Körperverletzung unter Vermeidung eines Messers wurde der Fleischergehilfe Willi Feierabend zu Sudenburg, geboren 1880, verurteilt.

Wegen fahrlässiger Brandstiftung wurde die ledige Luise Leiding zu Dörmersleben, geboren 1886, zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Wegen Untreue, begangen an ihrer verheirateten Tochter, erhielt die verheiratete Arbeiterin Wittner, Marianne geb. Hartung, hier, geboren 1864, 3 Wochen Gefängnis.

Militär-Justiz.

Der Kürassier und seine Köchin. Aus Halle wird uns geschrieben: Wegen einiger Maßzeiten, die der Kürassier Otto Müller von dem Halberstädter Kürassierregiment in der Behandlung seines Vorgesetzten, des Majors v. Horn, eingenommen hatte, fand der bedauernswerte Mensch vor dem Kriegsgesicht der 8. Division wegen „Hausfriedensbruchs“ unter Anklage. Die Köchin Minna Vertach, die bei dem Major in Stellung war, liehe den Kürassier, der sie zweimal in der Küche besuchte und dort von dem Tische des Herrn etwas zu essen zugehakt bekommen

habe. Einmal gelegentlich eines im Monat kam er zu Hause. Die beiden Gesellschaftsabend war der Angeklagte in der Küche zu Hause gewesen und hatte dort nur Butterbrot gegessen und Wein mitgetrunken. Der Angeklagte hatte sich aber insofern nützlich gemacht, indem er der Frau, die Köchin, bei dem Abwischen der Keller behilflich gewesen war. Die Köchin glaubte deshalb nichts Böses zu tun, wenn sie ihrem Geliebten, der gesunden Appetit hatte, ab und zu einmal ihr Abendbrot oder einige Brocken von dem Tische des wohlhabenden Majors aufsteckte. Einmal wurde aber das Mädchen von dem 17jährigen Sohn des Majors in die Küche überfallen. Die Köchin berief den Kürassier hinter eine Schürze zu verbergen, aber das etwas zu große „Corpus delicti“ schaute hinter der Schürze hervor. Köchin Minna mußte halb quittieren und ihr Bräutigam erhielt wegen der Geschichte 18 Tage Gefängnis. Der Ankläger hatte 4 Wochen beantragt.

Kleine Chronik.

Vier Personen beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

Ein schweres Eisbahnunglück wird aus Potsdam gemeldet: Gestern mittag sind auf der Havel zwischen Sacrow und Moorlake fünf Personen beim Schlittschuhlaufen eingebrochen. Eine Dame, die Tochter des Kunstverlegers Kirmse, und zwei Herren sind ertrunken. Die beiden andern Herren, Brüder der genannten Dame, wurden gerettet. Auch von der Oberspree wird von Unglücksfällen beim Schlittschuhlaufen gemeldet. Ein Fräulein Schneider, die Tochter eines Bahnbeamten, war in Ober-Schönweide bei Verwandten zu Besuch und wagte sich, trotz vorheriger Warnungen, ungeachtet des eingetretenen Lantwetters, heimlich auf das jüdische Spreesiss. Bald brach das Eis unter ihr zusammen und die Unglückliche ertrank, ehe Hilfe zur Stelle war. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Der Tod des Glens

Ein unbekannter Arbeiter legte sich, um sich zu wärmen, an eine brennende Schlackenhalde der Franz-Zinkhütte bei Gleiwitz, wobei er verbrannte. — In den letzten Tagen wurden in Schlesien sechs Personen ertrunken aufgefunden.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschon-Bureau.)

Peking, 11. Januar. Ein wichtiges Handels-Abkommen ist zwischen China, den Vereinigten Staaten und Japan zustande gekommen, wodurch China die Häfen von Nantun, Labungton und Antung dem auswärtigen Handel eröffnen wird. — Aus der Mandchurei wird berichtet, daß dort große Kälte herrscht. Sämtliche aus Rußland eintreffende Züge sind mit Truppen überfüllt; Frauen und Kinder in Port Arthur und Niutschwang bereiten sich vor, die Städte zu räumen. Der russische Konsul in Niutschwang ist nach Port Arthur berufen worden.

Washington, 11. Januar. 4000 kolumbische Soldaten sind an der Grenze von Panama konzentriert und bereit, in Aktion zu treten, falls diesbezügliche Befehle aus Bogota einlaufen sollten. Die kolumbischen Führer weigern sich, über ihre Absichten Mitteilung zu machen. Eine Aktion der kolumbischen Truppen würde ein Einschreiten der Vereinigten Staaten nach sich ziehen.

Barcelona, 11. Januar. Die ausländigen Hafenarbeiter hielten gestern eine große Versammlung ab. Die Fortsetzung des Ausstandes wurde einstimmig beschlossen. In den Häfen von Valencia, Alicante und Guelva ist ebenfalls der Ausstand ausgebrochen. Die Häfen von Bilbao und Gijon sind gleichfalls bereit, sich dem Ausstande anzuschließen.

München, 11. Januar. Der frühere Reichstagsabgeordnete Leonhard Seyboth, der Revision nicht einlegte, wurde gestern abend wegen Flußhinderdachts verhaftet.

München, 11. Januar. (Fig. Draht.) Ueber das Vermögen des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Seyboth ist der Konkurs eröffnet.

Dresden, 11. Januar. (Fig. Draht.) Die Regierung beabsichtigt über den Crimmitschauer Streik eine Denkschrift herauszugeben, deren Hauptinhalt aus der authentischen Wiedergabe der Verhandlungen, die der Geheime Regierungsrat Roscher mit den streitenden Parteien führte, bestehen soll. Außerdem will die Regierung ihre politischen Maßnahmen nochmals rechtfertigen. Die Denkschrift soll den Mitgliedern des Landtags schon dieser Tage zugehen.

Budapest, 11. Januar. (Fig. Draht.) Die hiesige Witterung, gilt die Stellung des Ministerpräsidenten Tisza für erschüttert, sein Rücktritt stehe nahe bevor.

Geschäfts-Eröffnung.

Gebe hierdurch bekannt, daß ich Dienstag den 12. Januar Fackelsberg Nr. 20 eine Schlächterei und Wurstmacherei eröffne. Es wird mein bestes Bestreben sein, die mich besuchende Kundschaft immer mit bester Ware zu bedienen. Hochachtungsvoll Carl Heydecke.

Die Lederhandlung und Pantinenfabrik 1443 von G. Arnold, Sudenburg

bringt sein reichhaltiges Lager von Echllederabschnitt in empfehlender Erinnerung. Poltschuhe u. Pantinen zu billig. Preisen.

Dampf-Kur-Bade-Anstalt

Dr. Schulstr. 4 „Weisses Kreuz“ Dr. Schulstr. 4 für Herren und Dames. Geöffnet von vormittags 8 bis abends 1/2 8 Uhr; an Sonntagen von vormittags 8 bis mittags 12 Uhr.

Masseur Robert Dietz. 774



Warenhaus S. Pincus



Kaiserstrasse 17

Inventur-Räumungs-Verkauf

danert nur noch kurze Zeit!

Montag Dienstag Mittwoch Donnerstag

geliefert unter andern nachfolgende Waren als ganz besonders preiswert zum Verkauf:

Herren-Unterhosen	
Serie 1 sonst Wert bis 1.50	jetzt 98 Pf.

Herren-Unterhosen	
Serie 2 sonst bis 2.00	jetzt 1.60

Herren-Normalhemden	
Serien alle, sonst Wert bis 1.00	jetzt 98 Pf.

Barchent-Herren-Hemden	
Serie 1 sonst Wert bis 1.15	jetzt 75 Pf.
Serie 2 sonst Wert bis 1.60	jetzt 95 Pf.

Schürzenwarp-Reste	
Serie 1 1 1/2 Meter sonst 60 Pf.	jetzt 58 Pf.
Serie 2 1 1/2 Meter sonst 1.10	jetzt 75 Pf.

Nachtjacken-Barchent-Reste	
Serie 1 2 Meter sonst 85 Pf.	jetzt 65 Pf.
Serie 2 2 Meter sonst 1.00	jetzt 75 Pf.
Serie 3 2 Meter sonst 1.60	jetzt 98 Pf.

Hemden-Barchent	
Serie 1 1 Meter sonst 28 Pf.	jetzt 19 Pf.
Serie 2 1 Meter sonst 33 Pf.	jetzt 23 Pf.
Serie 3 1 Meter sonst 40 Pf.	jetzt 30 Pf.
Serie 4 1 Meter sonst 48 Pf.	jetzt 36 Pf.

Inletts	
jetzt 30 45 58 65 1.20	

Kinder-Handschuhe	
früher 15 Pf. 25 Pf. 45 Pf.	jetzt 9 Pf. 15 Pf. 28 Pf.

Kinder-Trikot-Handschuhe	
früher 25 Pf. 45 Pf. 90 Pf.	jetzt 10 Pf. 29 Pf. 45 Pf.

Damen-Trikot-Handschuhe	
früher 80 Pf.	jetzt 55 Pf.

Solange der Vorrat reicht.

Hemdentuch Ia. Qualitäten	
1 Meter jetzt	15 20 25 29 33 bis 45 Pf.

Handtücher je 1/2 Dutzend	
früher	58 Pf. 75 Pf. 1.20 M. 1.60 M.
jetzt	42 Pf. 48 Pf. 82 Pf. 98 Pf.

Damen- und Mädchen-Hüte	
früher	2.50 4.00 6.00 8.50 12.00
jetzt nur	1.00 2.00 3.25 4.00 7.00

Weisse Herren-, Damen- und Kinder-Hemden	
Einzelne und zum Teil im Schaufenster angeschmuckte Stücke	
ganz enorm billig.	

Damen- und Kinder-Schürzen	
Stück jetzt	12 25 38 48 65 83 98 Pf.

Damen- und Kinder-Korsetts	
Garantie für besten Sitz und Haltbarkeit	
Stück jetzt	73 115 135 180 215 240 Pf.

Die Restbestände in Damen-Jacketts und Kragen	
darunter 40 Stück für stärkere Damen	
werden zu jedem annehmbaren Preise verkauft.	

Damen-Blusen	
Stück	87, 98 Pf. 1.38, 2.35 bis 13.00 M.

Kostüm-Röcke, Kinderkleidchen	
Unterröcke, Pelzboas und Muffen	
ganz enorm billig.	

Herren-Socken	
jetzt Paar nur	18 27 38 u. 53 Pf.

Ein Posten Damenstrümpfe, deutschlang	
früher	170 Pf. 90 Pf.
jetzt	110 Pf. 48 Pf.

Ein Posten Kinderstrümpfe	
Größe	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
früher	30 35 40 46 50 58 62 65 75 80 Pf.
jetzt	22 27 32 34 38 40 45 48 58 58 Pf.

Bitte gefl. die Schaufenster zu beachten.